

**Antrag 120/I/2019****KDV Mitte****Der Landesparteitag möge beschließen:****Verbeamtung von Lehrkräften ist kein Allheilmittel**

1 Die SPD Berlin möchte die Situation für die Lehrkräfte an  
2 den Schulen im Land verbessern und wird dem Lehrkräfte-  
3 mangel mit nachhaltigen Maßnahmen begegnen, um den  
4 Lehrer\*innen-Beruf attraktiver zu gestalten.

5  
6 Hierfür bedarf es vielschichtiger Lösungsansätze, die die  
7 Lebenswirklichkeit von Ausbildung über Berufseinstieg  
8 bis zum Übergang ins Rentenalter stärker in den Blick neh-  
9 men. Wir sehen die aktuelle Debatte um die Wiederein-  
10 führung einer Verbeamtung von Lehrkräften kritisch, da  
11 diese Maßnahme das Lehrkräftedefizit nicht lösen wird  
12 und darüber hinaus zu zusätzlichen Problemen führt.

13  
14 Grundsätzlich ist für uns Bildung der Schlüssel zu einem  
15 selbstbestimmten Leben; deshalb messen wir der schu-  
16 lischen Bildung im Land Berlin einen hohen Stellenwert  
17 bei und arbeiten tagtäglich daran, die bestmöglichen Rah-  
18 menbedingungen für gelingende Lehr- und Lernprozesse  
19 zu ermöglichen. Zwar stehen wir fest an der Seite unserer  
20 Berliner Lehrer\*innen, doch kann exzellente Schularbeit  
21 nur durch die pädagogische Zusammenarbeit mit ande-  
22 ren Berufsgruppen (Jugendsozialarbeiter\*innen, Sonder-  
23 pädagog\*innen, etc.) gelingen.

24  
25 Auch um die Komplexität der aktuellen Situation anzu-  
26 erkennen, wollen wir einen ganzheitlichen Blick vorneh-  
27 men, der die aktuellen Strukturen verbessert. Die von  
28 uns gewählten Maßnahmen werden mitunter erst mittel-  
29 bis langfristig Wirkung entfalten. Jedoch treibt uns eine  
30 grundlegende Verbesserung der Situationen vieler enga-  
31 gierter Lehrkräfte und Pädagog\*innen an, sodass wir jetzt  
32 handeln und einer nachhaltigen Bildungspolitik ohne po-  
33 litische Schnellschüsse Ausdruck verleihen. Im Nachfol-  
34 genden skizzieren wir Möglichkeiten, die angespannte Si-  
35 tuation der Lehrkräfteentwicklung im Land Berlin zu ver-  
36 bessern, welche zugleich Ausdruck unseres Strebens nach  
37 einer sozial gerechteren Gesellschaft sind.

38  
39 Daher fordern wir die sozialdemokratischen Mitglieder  
40 des Abgeordnetenhauses sowie des Senats in Berlin auf,

- 41 • sich für Gehaltssteigerungen der angestellten Lehr-  
42 kräfte unter Prüfung einer im Rahmen des gelten-  
43 den Tarifvertrags möglichen Zulage von bis zu 20%  
44 einzusetzen
- 45 • die Anwärter\*innenbezüge für die Zeit des Vorberei-  
46 tungsdienstes finanziell spürbar zu erhöhen, min-  
47 destens jedoch an die Bezüge im Land Brandenburg  
48 anzugleichen
- 49 • sich dafür einzusetzen, dass das unbefristete Be-  
50 schäftigungsverhältnis bei vollausgebildeten Lehr-

**Empfehlung der Antragskommission****Kein Votum der Antragskommission**

51 kräften Regelfall wird  
52 • eine aussagekräftige Untersuchung anzustoßen,  
53 aus der hervorgeht, wie viele Lehramtsabsolvent\*in-  
54 nen nicht in den Berliner Schuldienst gehen und ggf.  
55 welche Beweggründe hinter diesem Entschluss ste-  
56 hen  
57 • sich für eine Entlastung der derzeitigen Pflichtstun-  
58 den einzusetzen und im Austausch mit der GEW und  
59 pädagogischen Mitarbeiter\*innen Maßnahmen zu  
60 entwickeln  
61 • eine landesweite Untersuchung zu Motiven für ei-  
62 nen Wechsel in andere Bundesländer vor und nach  
63 dem Referendariat durchzuführen  
64 • die Lohnzahlungen des Vorbereitungsdienstes in  
65 Teilzeit auf das Niveau der Vollzeit anzuheben sowie  
66 vollständige Übernahme der Sozialversicherungs-  
67 beiträge durch das Land Berlin zu gewährleisten  
68 • sich für eine deutliche Reduzierung der Wochen-  
69 arbeitsstunden für Lehrer\*innen – insbesondere in  
70 korrekturlastigen Fächern einzusetzen  
71  
72 Weiterhin blicken wir kritisch auf die Verbeamtung als  
73 Mittel zur Lösung des Lehrkräftemangels und fordern die  
74 sozialdemokratischen Mitglieder des Abgeordnetenhaus  
75 es sowie des Senats in Berlin auf, alternative Maßnah-  
76 men zu ergreifen, um das Solidarprinzip weiter zu stärken  
77 und nicht zu schwächen!  
78  
79 Ziel unseres politischen Handelns muss es sein, die bes-  
80 te Bildungsinfrastruktur zu ermöglichen, in der sich Ler-  
81 nende und Lehrende gleichermaßen wohlfühlen und frei  
82 entfalten können. Das setzt voraus, dass wir Widrigkei-  
83 ten angehen und diese mit mutigen Ideen lösen. Dabei  
84 lassen wir aber die Zukunft nicht aus dem Blick und ge-  
85 stalten aktiv die Schule von morgen. Dazu gehört jedoch  
86 auch, sich mit den gegenwärtigen Herausforderungen tie-  
87 fer auseinanderzusetzen, um nicht die bequemste Ant-  
88 wort zu geben, sondern die der Komplexität des Themas  
89 entsprechende Lösung zu finden. Das kostet Kraft, Geduld  
90 und politischen Willen. Wir Sozialdemokrat\*innen wollen  
91 das für eine moderne Bildung in Berlin aufbringen. Dazu  
92 gehört auch die grundsätzliche Diskussion darüber, wel-  
93 ches Bild wir vom Lehrer\*innen-Beruf haben. Denn um ei-  
94 ne moderne Bildung zu ermöglichen bedarf es einem mo-  
95 dernen Verständnis des Lehrer\*innen-Berufs. Dem sozial-  
96 demokratischen Grundverständnis nach ist es unser An-  
97 spruch, dass Arbeitnehmer\*innen für ihre Interesse ein-  
98 stehen und so die Arbeitsbedingungen entscheidend mit-  
99 gestalten können - dabei darf die Schule keine Ausnahme  
100 darstellen.  
101  
102 Ein besonderer Schritt, um das zu erreichen, stellt die Ab-  
103 schaffung der vom Land Berlin vorgenommenen Verbe-  
104 amtung von Lehrkräften im Jahr 2004 dar. Durch diese  
105 Entscheidung konnte darüber hinaus dazu beigetragen

106 werden, die durch die Pensionierung entstandenen ho-  
107 hen finanziellen Kosten für beamtete Lehrkräfte einzu-  
108 sparen bzw. die Kosten für Pensionsansprüche nicht mehr  
109 in die Zukunft zu verschieben. Neben diesen haushalts-  
110 finanziellen Einsparungen schuf der Verbeamtungsstopp  
111 zunehmende Erfolge im sozialpolitischen Bereich, die mit  
112 den grundsätzlich reaktionären Dienstrecht einhergehen-  
113 den Pflichten einer Verbeamtung brachen. Seither können  
114 mehr Lehrkräfte für ihre Rechte streiken. Zudem führte  
115 diese Entscheidung zu mehr Gleichheit im Lehrer\*innen-  
116 zimmer: die ungerechte Besserstellung von verbeamte-  
117 ten Lehrkräften gegenüber ihren angestellten Kolleg\*in-  
118 nen sowie weiteren an den schulischen Einrichtungen ar-  
119 beitenden Pädagog\*innen konnte seitdem kontinuierlich  
120 abgebaut werden.

121

122 Von den derzeit knapp 35.000 Lehrkräften in Berlin ist die  
123 Hälfte angestellt. Darunter befinden sich seit einigen Jah-  
124 ren nicht nur vollausgebildete bzw. mit der Lehrbefähig-  
125 ung ausgewiesene Pädagog\*innen, sondern Quereinstei-  
126 ger\*innen oder Lehrkräfte ohne Lehrbefähigung. Für die  
127 Einstellung zum aktuellen Schuljahr bedeutete das, dass  
128 unter den 2700 neuen Lehrkräften 1000 voll ausgebilde-  
129 te Lehrkräfte waren. Bei den übrigen handelte es sich um  
130 sehr unterschiedliche Arten von Quereinsteiger\*innen, die  
131 derzeit noch fortgebildet oder länger eingearbeitet wer-  
132 den müssen. Diese Zahlen verdeutlichen, dass es im Falle  
133 einer Wiedereinführung der Verbeamtung zu zwei grund-  
134 sätzlichen Problemen kommen wird. Erstens können tau-  
135 sende Berliner Lehrkräfte aufgrund ihrer körperlichen Ver-  
136 fasstheit, ihres Alters oder mangels Erfüllung anderer be-  
137 rufsqualifizierender Voraussetzungen nicht verbeamtet  
138 werden - ungeachtet ihrer seit Jahren geleisteten Arbeit.  
139 Eine Verbeamtungswelle würde ihnen das Gefühl einer  
140 Zwei-Klassen-Hierarchie am Arbeitsplatz geben, aus der  
141 sie wegen äußerer Faktoren nicht herauskommen können.  
142 Dieses Ohnmachtsgefühl darf eine sozialdemokratische  
143 Bildungs- und Arbeitspolitik nicht zulassen!

144

145 Zweitens gefährdet die Wiedereinführung der Verbeam-  
146 tung von Lehrkräften das Solidarprinzip. Der Grund dafür  
147 liegt vor allem in der finanziellen Sonderstellung im Be-  
148 reich der Sozialleistungen von verbeamteten Lehrkräften.  
149 Diese erhalten im Krankheitsfall ihr volles Gehalt über die  
150 gesamte Dauer, was auch die Zahlung über mehrere Jahre  
151 bedeuten kann. Für die angestellten Lehrkräfte gelten da-  
152 gegen die in anderen Berufen greifenden Regelungen, wo-  
153 nach im Krankheitsfall der\*die Arbeitgeber\*in sechs Wo-  
154 chen lang das Gehalt weiterzahlen muss. Danach gibt es  
155 Krankengeld von der gesetzlichen Krankenkasse, das mit  
156 Einbußen in der Lohnhöhe in einem Zeitraum für diesel-  
157 be Erkrankung bis zu 78 Wochen ausgezahlt wird. Diese  
158 Benachteiligung bei gesundheitlichen Problemen dürfen  
159 wir genauso wenig hinnehmen. Die Angleichung der Net-  
160 tobezüge für angestellte Lehrkräfte wollen wir umsetzen

161 und dazu den im Tarifvertrag möglichen Rahmen für ei-  
162 ne Zulage nutzen. Doch die finanzielle Komponente reicht  
163 uns allein nicht aus.

164

165 Daher streben wir unbefristete Arbeitsverträge an, wo-  
166 durch der gesicherte Arbeitsplatz auch für angestell-  
167 te Lehrkräfte ausnahmslos umgesetzt wird. Mit die-  
168 sen Maßnahmen stärken wir gleichzeitig tarifliche Ar-  
169 beitsverhältnisse unter Wahrung weitreichender Arbeit-  
170 nehmer\*innen-Rechte (z.B. Streikrecht). Die Verbeamtung  
171 stellt für uns aus diesem Grund einen Rückschritt dar. Für  
172 uns sind Mitbestimmung und Meinungsäußerung we-  
173 sentliche Grundvoraussetzungen einer gelingenden frei-  
174 en Gesellschaft. Die Verbeamtung jedoch verfolgt ein an-  
175 tiquiertes und hierarchisches Verständnis vom Arbeitsver-  
176 hältnis. Dem zugrunde liegt eine Treuepflicht zwischen  
177 Dienstherr\*in und Beamte\*in, wodurch die konkrete Tätig-  
178 keit in den Hintergrund rückt und im wesentlichen nur  
179 die Amtsverleihung zählt. Dem daraus erwachsenen Prin-  
180 zip der Nichtbeteiligung an gemeinschaftlichen Aufgaben  
181 gilt es entgegenzuwirken, denn das Alimentationsprin-  
182 zip (Versorgung von Beamten) bezieht sich eben pauschal  
183 auf das verliehene Amt und nimmt diese Lehrkräfte aus  
184 der Verpflichtung, ihren Anteil für das Gemeinwohl bei-  
185 zusteuern.

186

187 Ganz konkret würde die Herauslösung und Bevorzugung  
188 von bestimmten Teilen *innerhalb* einer Berufsgruppe zu  
189 Unmut, Frust und Unverständnis bei denjenigen führen,  
190 die nicht davon profitieren. Gleicher Lohn für gleiche Ar-  
191 beit darf nie nur ein Mantra bleiben, sondern braucht  
192 praktische Umsetzung. Nicht zuletzt bedeutet die ursozi-  
193 aldemokratische Forderung nach gleicher Entlohnung für  
194 gleiche Arbeit auch gleiche Verpflichtungen für das sozia-  
195 le Gefüge - besonders am Arbeitsplatz.

196

197 Doch nicht nur die aktuelle Beschäftigungssituation gilt  
198 es mit hinreichenden Maßnahmen für angestellte Lehr-  
199 kräfte zu verbessern, sondern auch Berlin als Ausbildungs-  
200 standort attraktiver zu gestalten. Denn die Praxiserfah-  
201 rung zählt zu den wichtigsten Momenten in der Lehr-  
202 amtsausbildung. Gerade hier müssen Voraussetzungen  
203 geschaffen werden, die die Lebenssituation von Einstei-  
204 ger\*innen berücksichtigt und ihnen einen angemessenen  
205 Einstieg ins Berufsfeld ermöglicht.

206

207 Das bedeutet: Lebensentwürfe individuell zu berücksich-  
208 tigen. Die Möglichkeit eines Referendariats in Teilzeit stellt  
209 dabei einen wichtigen, wenn auch nicht konsequent zu  
210 Ende gedachten Schritt dar. Obwohl es die Möglichkeit  
211 seitens des Landes Berlin gibt, den Vorbereitungsdienst  
212 in Teilzeit zu absolvieren, bestehen noch immer Ungleich-  
213 heiten. Zwar ist ein Teilzeit-Referendariat möglich, je-  
214 doch nur im öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis.  
215 D.h. dass eine Teilzeitbeschäftigung für "Beamte auf Wi-

216 derruf" nicht gestattet wird, da beamtenrechtliche Vor-  
217 schriften dem entgegenstehen. So können Bewerber\*in-  
218 nen in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhält-  
219 nis beschäftigt werden, sind dann aber voll sozialversiche-  
220 rungspflichtig und letztlich finanziell schlechter gestellt.  
221 Darüber hinaus erhalten sie eine reduzierte Unterhalts-  
222 beihilfe von 75% des regulären Betrags. Gerade hier soll-  
223 te eine Veränderung geschaffen werden, um Betroffenen  
224 eine maßgebliche Unterstützung zu ermöglichen. Das be-  
225 deutet einerseits die Anhebung der Beiträge des Vorberei-  
226 tungsdienst in Teilzeit auf das Niveau der Vollzeit und an-  
227 dererseits die vollständige Übernahme der Sozialversiche-  
228 rungsbeiträge durch das Land Berlin.

229

230 Insgesamt werden wir den Übergang von Studienab-  
231 schluss zu Referendariat bis hin zum Jobeinstieg stär-  
232 ker begleiten und geeignete Maßnahmen einführen, um  
233 lange Wartezeiten zwischen den einzelnen Stationen zu  
234 verhindern sowie intensive Beratungsmöglichkeiten zu  
235 schaffen. Da bislang keine aussagekräftigen Zahlen dar-  
236 über vorliegen, wie viele Absolvent\*innen vor oder nach  
237 dem Referendariat einen Wechsel an eine andere Schu-  
238 le in einem anderen Bundesland vornehmen, werden  
239 wir eine landesweite Befragung durchführen. Diese soll  
240 genauere Erkenntnisse liefern, welche Intentionen dem  
241 Wechsel jeweils zugrunde gelegen haben. Mithilfe dieser  
242 Befragung soll evaluiert werden, welche Intentionen ei-  
243 nem Wechsel zugrunde liegen und inwiefern dieser durch  
244 die Möglichkeiten auf Verbeamtung in anderen Bundes-  
245 ländern beeinflusst wird. Unabhängig davon streben wir  
246 eine strategische Zusammenarbeit mit Brandenburg an,  
247 um über Wege zur erfolgreichen sowie nachhaltigen Lö-  
248 sung des Lehrkräftemangels zu beraten und konkrete  
249 Schritte zeitnah festzulegen.

250

251 Die Verbeamtung ist kein probates Mittel zur Lösung des  
252 Lehrkräftemangels. Selbst in Bundesländern wie Bayern  
253 oder Baden-Württemberg fehlt es an ausgebildeten Leh-  
254 rer\*innen. Ein Aktionismus, der die Verbeamtung in Berlin  
255 aufgrund des Wettbewerbs zwischen den einzelnen Bun-  
256 desländern heranzieht, verliert jedoch langfristig. Denn  
257 anstatt das Thema Verbeamtung weiter als Allheilmittel  
258 zu postulieren, sollten wir andere Hebel betätigen, um  
259 die Situation nachhaltig zu verbessern. Diese liegen je-  
260 doch weniger in der finanziellen Ausgestaltung, als an ei-  
261 ner bundesweiten Strategie zur Verbesserung des Arbeits-  
262 platzes Schule unter Berücksichtigung von Guter Arbeit  
263 für die gesamte Bandbreite des pädagogischen Personals.